

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht
17

Christa Pfeil-Kammerer

Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

17

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Professor Dr. Ulrich Drobnig, Professor Dr. Hein Kötz
und Professor Dr. Dr. h. c. Ernst-Joachim Mestmäcker

Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen

Die Anwendung der Haager Übereinkommen
über Zustellungen und Beweisaufnahmen im Ausland

von

Christa Pfeil-Kammerer



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1987

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Pfeil-Kammerer, Christa:

Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen: d. Anwendung
d. Haager Übereinkommen über Zustellungen u. Beweisaufnahmen
im Ausland / von Christa Pfeil-Kammerer. –

Tübingen: Mohr, 1987.

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht; 17)

ISBN 3-16-645176-5

ISSN 0720-1141 978-3-16-158361-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

NE: GT

© J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1987.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck von Gulde-Druck GmbH in Tübingen. Einband von Großbuchbinderei H. Koch KG in Tübingen.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag dem Fachbereich Rechtswissenschaften I der Universität Hamburg im Wintersemester 1984/85 und Sommersemester 1985 als Dissertation vor.

Ganz besonderen Dank schulde ich Herrn Dr. Kurt Siehr, der die Arbeit und das Thema schon vor meinem Studienaufenthalt an der Indiana University Law School in den Jahren 1979/80 angeregt und anschließend betreut hat. Herrn Prof. Dr. U. Drobnig schulde ich Dank für die abschließende Durchsicht der Arbeit. Dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht unter den Direktoren Prof. Dr. Ulrich Drobnig, Prof. Dr. Hein Kötz und Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst-Joachim Mestmäcker danke ich für die Aufnahme der Untersuchung in die Studienreihe des Instituts.

Widmen möchte ich diese Arbeit denjenigen, die durch Aufmunterung und tatkräftige Unterstützung Freude am Forschen geweckt und die Entstehung dieser Arbeit ermöglicht haben.

Bonn, im September 1986

Christa Pfeil-Kammerer

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	X
Abkürzungsverzeichnis	IXX
Erster Teil: Einleitung und Rechtsquellen	1
§ 1: Einleitung	1
§ 2: Quellen	5
Zweiter Teil: Haager Zustellungsübereinkommen ..	9
1. Abschnitt: Inhalt des Übereinkommens im allgemeinen	9
§ 3: Nationale Ausgangssituationen	9
§ 4: Geschichtlicher Überblick	17
§ 5: Zweck	23
§ 6. Sachlicher Anwendungsbereich	33
2. Abschnitt: Anwendung des Übereinkommens im deutsch-amerikanischen Rechtshilfeverkehr	49
§ 7: Verhältnis zu den innerstaatlichen Vorschriften	49
§ 8: Voraussetzungen für die Gewährung der Rechtshilfe	57
§ 9: Zustellungsmethoden	69
§ 10: Formen der Zustellung	135
§ 11: Beklagtenschutz	147

3. Abschnitt: Schlußbetrachtung	159
§ 12: Zusammenfassung	159
§ 13: Rechtspolitischer Ausblick	167
Dritter Teil: Haager Beweisübereinkommen	171
1. Abschnitt: Inhalt des Übereinkommens im allgemeinen	171
§ 14: Nationale Ausgangssituationen	171
§ 15: Geschichtlicher Überblick	175
§ 16: Zweck	179
§ 17: Sachlicher Anwendungsbereich	187
2. Abschnitt: Anwendung des Übereinkommens im deutsch-amerikanischen Rechtshilfeverkehr	207
§ 18: Verhältnis zu den innerstaatlichen Vorschriften	207
§ 19: Voraussetzungen für die Gewährung der Rechtshilfe	211
§ 20: Ausforschungsverbot	221
§ 21: Beweisaufnahmemethoden	255
§ 22: Verfahren in einer besonderen Form .	305
§ 23: Verwertung ausländischer Beweisauf- nahmen	335
§ 24: Beschränkung der Mitwirkungspflichten	341
3. Abschnitt: Schlußbetrachtung	395
§ 25: Zusammenfassung	395
§ 26: Rechtspolitischer Ausblick	405

Nachtrag 1986	407
Literaturverzeichnis	410
Anhang: Quellen und Dokumente	421

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	IXX

Erster Teil:

Einleitung und Rechtsquellen

§ 1: Einleitung	1
§ 2: Quellen	5
I. Staatsverträge	5
II. Autonomes Recht	7
1. Bundesrepublik Deutschland	7
2. Vereinigte Staaten	7

Zweiter Teil:

Haager Zustellungsübereinkommen

<u>1. Abschnitt:</u> Inhalt des Übereinkommens im allgemeinen	9
§ 3: Nationale Ausgangssituationen	9
I. Bundesrepublik Deutschland	9
II. Vereinigte Staaten	10
§ 4: Geschichtlicher Überblick	17
§ 5: Zweck	23
I. Vereinfachung der Übermittlung und der Erledigung von Zustellungsersuchen ...	23
1. Grundsätzliche Unterschiede zwischen "civil law" und "common law"	24
2. Probleme	25
II. Erweiterter Beklagtenschutz	29
1. Das "remise au parquet"-System	29

2. Haltung der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten	30
§ 6: Sachlicher Anwendungsbereich	33
I. Zivil- oder Handelssachen	33
II. Zustellung im Ausland	39
III. Gerichtliche und außergerichtliche Schriftstücke	43
<u>2. Abschnitt: Anwendung des Übereinkommens im deutsch-amerikanischen Rechtshilfe- verkehr</u>	49
§ 7: Verhältnis zu den innerstaatlichen Vorschrif- ten	49
I. Deutsches Recht	50
II. Amerikanisches Recht	51
§ 8: Voraussetzungen für die Gewährung der Rechts- hilfe	57
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ...	57
II. Übereinkommen	58
1. Formale Voraussetzungen	58
2. Gefährdung der Hoheitsrechte oder der Sicherheit	60
a) Vorbehalt des ordre public	60
b) Inhaltliche Konkretisierung	62
c) Einschränkung	66
§ 9: Zustellungsmethoden	69
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ...	69
1. Zustellung deutscher Schriftstücke in den Vereinigten Staaten	69

a)	Zustellung durch deutsche Auslandsvertretungen und ausländische Behörden	71
b)	Amerikanische Haltung	72
c)	Vergleich	75
2.	Zustellung amerikanischer Schriftstücke in der Bundesrepublik	76
a)	Zustellung nach den Vorschriften des ausländischen Empfängerstaates und des amerikanischen Prozeßrechts	76
b)	Deutsche Haltung	83
c)	Vergleich	85
II.	Übereinkommen	85
1.	Zustellung mittels Ersuchen an die ausländische Behörde	85
a)	Zentrale Behörden	87
b)	Antragsberechtigter	92
c)	Formale Erfordernisse	97
d)	Übersetzung der Schriftstücke ..	99
e)	Zustellungszeugnis	107
2.	Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter	111
a)	Direkter diplomatischer oder konsularischer Weg	111
b)	Indirekter konsularischer Weg ..	114
c)	Indirekter diplomatischer Weg ..	117
3.	Zustellung durch die Post	119
a)	Vertragliche Regelung	119
b)	Schutz deutscher Zustellungsadressaten bei versuchter Postzustellung	125

4. Zustellung durch Justizbeamte, andere Beamte oder sonst zustän- dige Personen	128
5. Private Ersuchen	131
6. Unmittelbarer Behördenverkehr	132
§ 10: Formen der Zustellung	135
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	135
II. Übereinkommen	137
1. Zustellung amerikanischer Schrift- stücke in der Bundesrepublik	138
2. Zustellung deutscher Schriftstücke in den Vereinigten Staaten	144
§ 11: Beklagenschutz	147
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	147
II. Übereinkommen	151
1. Erklärungen der Bundesrepublik ...	154
2. Erklärungen der Vereinigten Staaten	156
<u>3. Abschnitt: Schlußbetrachtung</u>	159
§ 12: Zusammenfassung	159
§ 13: Rechtspolitische Ausblick	167

Dritter Teil:

Haager Beweisübereinkommen

<u>1. Abschnitt: Inhalt des Übereinkommens im all- gemeinen</u>	171
§ 14: Nationale Ausgangssituationen	171

I. Bundesrepublik Deutschland	171
II. Vereinigte Staaten	172
§ 15: Geschichtlicher Überblick	175
§ 16: Zweck	179
I. Vereinfachung der Übermittlung und Erledigung von Rechtshilfeersuchen	179
II. Wirksamere gerichtliche Zusammenarbeit	183
§ 17: Sachlicher Anwendungsbereich	187
I. Zivil- oder Handelssachen	187
II. Gerichtliche Behörde	196
III. Beweisaufnahme im Ausland	200
IV. Andere gerichtliche Handlung	202
V. Verwendung	205
<u>2. Abschnitt:</u> Anwendung des Übereinkommens im deutsch-amerikanischen Rechtshilfeverkehr	207
§ 18: Verhältnis zu den innerstaatlichen Vorschriften	207
§ 19: Voraussetzungen für die Gewährung der Rechtshilfe	211
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	211
II. Übereinkommen	212
1. Gerichtsgewalt	214
2. Gefährdung der Hoheitsrechte oder der Sicherheit	215
§ 20: Ausforschungsverbot	221
I. Ausforschungsverbot im deutschen Zivilprozeß	222

II. Bestandteil des deutschen ordre public	224
III. Verletzung durch "pre-trial discovery"	227
IV. Ablehnung des "pre-trial discovery of documents" (Art. 23 BÜ)	233
1. Entstehungsgeschichte des Art. 23 BÜ	234
2. Deutsche Erklärung zu Art. 23 BÜ .	236
3. Rechtshilfe nach § 14 Abs. 2 AusfG	239
V. Ablehnung anderer Formen des "pre-trial discovery"	244
VI. Reaktion des amerikanischen Prozeßgerichts	247
VII. Ergebnis	252
§ 21: Beweisaufnahmemethoden	255
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	256
1. Beweisaufnahmen in den Vereinigten Staaten	256
a) Beweisaufnahmen durch deutsche Konsuln und ausländische Behörden	256
b) Amerikanische Haltung	258
c) Vergleich	261
2. Beweisaufnahmen in der Bundesrepublik Deutschland	261
a) Beweisaufnahmen durch Beauftragte, ausländische Behörden und amerikanische Konsuln	261
b) Deutsche Haltung	263
c) Vergleich	265
II. Übereinkommen	265
1. Beweisaufnahmen mittels Ersuchen an die ausländische Behörde	265

a) Verbreitung	265
b) Übermittlungsweg	268
c) Formale Erfordernisse	268
d) Sprache	270
e) Zuständiges Rechtshilfegericht	273
f) Anwesenheit von Richtern	274
g) Zwangsmaßnahmen	277
2. Beweisaufnahmen durch diplomatische und konsularische Vertreter	285
a) Verbreitung	285
b) Ziel der vertraglichen Regelung	286
c) Beweisaufnahmen bei Staatsangehörigen des Entsendestaates ...	289
d) Beweisaufnahmen bei Staatsangehörigen des Empfangsstaates oder eines Drittstaates	293
e) Zwangsmaßnahmen	296
3. Beweisaufnahmen durch Beauftragte .	299
a) Verbreitung	299
b) Ziel der vertraglichen Regelung	300
c) Verfahren	301
d) Zwangsmaßnahmen	303
§ 22: Verfahren in einer besonderen Form	305
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	305
II. Übereinkommen	307
III. Einzelheiten der Beweisaufnahme	309
1. Zeugen	309
2. Parteien	313

3. Sachverständige	314
4. Eidesabnahme	317
5. Urkunden	322
6. Körperliche Untersuchungen	327
7. Vernehmungsprotokolle	331
§ 23: Verwertung ausländischer Beweisaufnahmen ..	335
I. Anwendbares Recht	335
II. Verwertung amerikanischer Beweisaufnahmen	336
III. Verwertung deutscher Beweisaufnahmen	337
1. Eidesabnahme und Vernehmungsprotokolle	337
2. Andere Abweichungen	338
§ 24: Beschränkung der Mitwirkungspflichten	341
I. Rechtslage im vertraglosen Verkehr ..	342
II. Übereinkommen	345
1. Anwendbares Recht	345
2. Verfahren	348
III. Unterschiede im deutschen und amerikanischen Recht	350
1. Deutsches Recht	350
2. Amerikanisches Recht	362
IV. Sanktionen	376
<u>3. Abschnitt: Schlußbetrachtung</u>	<u>395</u>
§ 25: Zusammenfassung	395
§ 26: Rechtspolitischer Ausblick	405

Nachtrag 1986	407
Literaturverzeichnis	410
Anhang: Quellen und Dokumente	421
Nr. 1 Zustellungsübereinkommen (ZÜ).....	422
Nr. 2 Beweisübereinkommen (BÜ)	442
Nr. 3 Ausführungsgesetz (Bundesrepublik Deutschland)	469
Nr. 4 Bekanntmachung ZÜ 1979 (Inkrafttreten).....	473
Nr. 5 Bekanntmachung BÜ 1979 (Inkrafttreten).....	477
Nr. 6 Bekanntmachung ZÜ 1980 (Geltungsbereich).....	481
Nr. 7 Bekanntmachung BÜ 1980 (Geltungsbereich).....	484
Nr. 8 Model for Letters of Request (Beweisüberein- kommen)	489
Nr. 9 Skizze für die Urkundenvorlage (Bundesjustiz- ministerium)	493
Nr. 10 Practical Handbook [Service Convention] (Auszug)	495
Nr. 11 Practical Handbook Evidence Convention (Auszug)	535
Nr. 12 U.S. Department of Justice Instructions (Zustel- lungsübereinkommen).....	561
Nr. 13 Deutsch-amerikanischer Notenwechsel (Beweisüber- einkommen)	574
Nr. 14 U.S. Department of Justice Memorandum on the Evidence Convention	583

Abkürzungsverzeichnis

A.	Atlantic Reporter
a.A.	anderer Ansicht
A.B.A.J.	American Bar Association Journal
A.B.A. Sect. Int. and Comp.L.Proc.	American Bar Association Section of International and Comparative Law Pro- ceedings
A.C.	Advance California Reports
A.D.	New York Supreme Court Appellate Division Reports
a.F.	alte Fassung
aff'd	affirmed
AG	Aktiengesellschaft
Am.J.Int.L.	American Journal of Inter- national Law
AktG	Gesetz über Aktiengesell- schaften und Kommanditge- sellschaften auf Aktien (Aktiengesetz)
All E.R.	All England Law Reports (Groß-Britannien)
A.L.R.	American Law Reports
amend.	amended
Am.J.Comp.L.	American Journal of Com- parative Law
Am.Rep.	American Reports
Am.Soc.Int.L.Proc.	American Society of Inter- national Law Proceedings
Anh.	Anhang
AnwBl.	Anwaltsblatt
app.	appendix
App.Div.	Appellate Division

Ariz.	Arizona Arizona Reports
Ariz.App.	Arizona Appeals Reports
Ark.	Arkansas Arkansas Reports
Ark.L.Rev.	Arkansas Law Review
AusfG	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkom- mens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Aus- land in Zivil- oder Handels- sachen vom 22. Dezember 1977 (Anh. Nr.3)
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
Az.	Aktenzeichen
Bar Association D.C.J.	Bar Association Journal for the District of Columbia
BayJMBL.	Bayerisches Justizministeri- alblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landes- gericht
BB	Der Betriebs-Berater
Bekanntmachung BÜ 1979	Bekanntmachung über das In- krafttreten des Haager über- einkommens über die Beweis- aufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 21. Juni 1979 (Anh. Nr. 5).

Bekanntmachung BÜ 1980	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 5. September 1980 (Anh. Nr. 7).
Bekanntmachung ZÜ 1979	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 21. Juni 1979 (Anh. Nr. 4).
Bekanntmachung ZÜ 1980	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 23. Juni 1980 (Anh. Nr. 6)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
B.N.A.	Bureau of National Affairs
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer - Mitteilungen
BSeuchG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz)
BTDrucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages

BÜ	Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18. März 1970 (Anh. Nr. 2)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
C.	Code
Cal.	California California Reports
Cal.App.	California Appellate Reports
Cal.Gov.Code	California Government Code
Cal.Rptr.	California Reporter
Can.Rev.Stat.	Revised Statutes of Canada
Carol.	Carolina
Cas.	Cases
C.C.A.	California Code Annotated
C.C.H.	Commerce Clearing House Reporter
cert. denied	certiorari denied
C.F.R.	Code of Federal Regulations
Ch.	Chapter
Cir.	Circuit Court of Appeals (federal)
Civ.App.	Civil Appeals (state)
Civ.Prac.Proc. (Fla.)	Civil Practice and Procedure Code (Florida)
Civ.Pr.Act (Ill.)	Civil Practice Act (Illinois)
Co.	Company

Col.	Columbia
Col.L.Rev.	Columbia Law Review
Colo.	Colorado Colorado Reports
Comm.	Committee
Cong.	Congress
Corn.Int.L.J.	Cornell International Law Journal
Corp.	Corporation
Ct.App.	Court of Appeals (state)
Cum.L.Rev.	Cumberland Law Review
D.	District Court (federal)
DAJV-Newsletter	Deutsch-Amerikanische Juri- stenvereinigung - News- letter
Dak.	Dakota
D.C.	District of Columbia
D.C.App.	District of Columbia Appeals
D.C.Cir.	Court of Appeals for Dis- trict of Columbia
Del.C.Anno.	Delaware Code Annotated
Dept.State Bull.	Department of State Bulle- tin
deutsch-amerikani- scher Notenwechsel	deutsch-amerikanischer No- tenwechsel vom 17.10.1979/ 1.2.1980 und 14./30.10. 1981 über die Weitergeltung der deutsch-amerikanischen Ver- einbarung von 1955/56 über die Beweisaufnahme durch Konsuln (Anh. Nr. 13)
Dist.	District

Dist.Ct.	District Court (state)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRspr.	Deutsche Rechtsprechung
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Eng.	England
F.	Federal Reporter
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht
F.B.J.	Federal Bar Association Journal
Fed.R.Serv.	Federal Rules Service
Fla.	Florida Florida Reports
Fla.App.	Florida District Court of Appeals
F.R.	Federal Register
F.R.C.P.	Federal Rules of Civil Procedure
F.R.D.	Federal Rules Decisions
F.R.E.	Federal Rules of Evidence
F.S.A.	Florida Statutes Annotated
F.Supp.	Federal Supplement
F.T.C.	Federal Trade Commission
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
Gen.Corp.L.	General Corporation Law
Georgetown L.J.	Georgetown Law Journal

Geo.Wash.L.Rev.	George Washington Law Review
GeschlKrG	Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
GeschZ	Geschäftszeichen
GG	Grundgesetz
G.L.Mass.	General Laws of Massachusetts
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift
Harv.Int.L.J.	Harvard International Law Journal
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
HGB	Handelsgesetzbuch
H.J.Res.	House of Representatives Joint Resolution
H.L	House of Lords (Großbritannien)
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
H.R.Rep.	House of Representatives Reports
i.d.F.	in der Fassung
IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
Ill.	Illinois Illinois Reports

Int.Leg.Mat	International Legal Materials
Inc.	Incorporated
Int.Bar Association	International Bar Association
Int. and Comp.L. Quart.	International and Comparative Law Quarterly (Groß-Britannien)
Int.Financial L.Rev.	International Financial Law Review
Int.Law.	The International Lawyer
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrens- rechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des inter- nationalen Privatrechts
I.R.S.	Internal Revenue Service
J.	Justice
J.C.P.	Juris-classeur périodique (Semaine juridique)
JMBl. NRW	Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen
J.O.	Journal Officiel
JR	Juristische Rundschau
Justiz	Die Justiz
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KonsularG	Gesetz über die Konsular- beamten, ihre Aufgaben und Befugnisse
L. and Contemp. Probl.	Law and Contemporary Prob- lems

Lawyer of the Americas	The University of Miami Journal of International Law
L.Ed.	Lawyers' Edition, U.S. Supreme Court Reports
LG	Landgericht
lit.	littera
litt.	litterae
LM	Nachschlagewerk des Bundes- gerichtshofs, hrsg. v. Lindenmaier, Möhring u.a.
Ltd.	Limited
Mass.	Massachusetts Massachusetts Reports
Md.	Maryland Maryland Reports
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
Minn.L.Rev.	Minnesota Law Review
Minn.R.C.P.	Minnesota Rules of Civil Procedure
Misc.	Miscellaneous Reports (New York)
Miss.	Mississippi Mississippi Reports
Mo.	Missouri Missouri Reports
Mo.App.	Missouri Appeal Reports
Model for Letters of Request	Model for Letters of Re- quest Recommended for Use in Applying the Hague Convention of 18 March 1970 on the Taking of Evidence Abroad in Civil or Commer- cial Matters (Anh. Nr.8)

N.C.proc.civ.	Nouveau Code de procédure civile
N.Dak.R.C.P.	North Dakota Rules of Civil Procedure
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
N.E.	Northeastern Reporter
N.H.	New Hampshire New Hampshire Reports
N.J.L.	New Jersey Law Reports
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.M.	New Mexico
Notre Dame L.Rev.	Notre Dame Law Review
N.W.	Northwestern Reporter
N.Y.	New York New York Reports
N.Y.B.C.L.	New York Business Corporation Law
N.Y.C.P.L.R.	New York Civil Practice Law and Rules
N.Y.S.	West's New York Supplement
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ohio St.	Ohio State Reports
OLG	Oberlandesgericht
OLGRspr.	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts

OVG	Oberverwaltungsgericht
P.	Pacific Reporter
Pa.	Panama
Pamphl.	Pamphlet
PatG	Patentgesetz
Pick.	Pickering's Reports (Mass.)
Prac.Law.	Practical Lawyer
Practical Handbook	Practical Handbook on the Operation of the Hague Convention of 15 November 1965 on the Service Abroad of Judicial and Extrajudicial Documents in Civil or Commercial Matters (Antwerpen 1983) (Anh. Nr. 10)
Practical Handbook Evidence Convention	Practical Handbook of the Hague Convention of 18 March 1970 on the Taking of Evidence Abroad in Civil or Commercial Matters (Antwerpen 1984) (Anh. Nr.11)
Prov.Can.Stat.	Statutes of the Province of Canada
Pub.L.	Public Law
Q.B.	Queen's Bench Division (Groß-Britannien)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Record	Record of the Association of the Bar of the City of New York
Rev.crit.	Revue critique de droit international privé (Frankreich)

Rev.droit int.priv.	Revue de droit international privé (Frankreich)
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rpts. A.B.A.	American Bar Association Reports
S.	Southern Reporter
S.Ct.	Supreme Court
S.E.C.	Security and Exchange Commission
sent.	sentence
Sess.	Session
SeuffArch.	Seuffers Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
S.Exec.Rep.	Senate Executive Reports
Skizze für die Urkundenvorlage	Skizze einer möglichen Regelung der Urkundenvorlage in gerichtlichen Verfahren (Stand: 15. Juni 1983) (Anh. Nr. 9)
Stat.	Statutes
Stat. O. and R.	Statutory Orders and Regulations (Kanada)
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen
StPO	Strafprozeßordnung
Sup.Ct.	Supreme Court

Supp.	Supplement
S.W.	Southwestern Reporter
Sw.L.J.	Southwestern Law Journal
Tenn.	Tennessee Tennessee Reports
Tex.	Texas Texas Reports
T.I.A.S.	Treaties and Other Inter- national Acts Series
Trade Reg.Rep.	Trade Regulation Reporter
Trib.	Tribunal de première in- stance (Frankreich)
U.L.A.	Uniform Laws Annotated
U. Miami L. Rev.	University of Miami Law Review
U.N.T.S.	United Nations Treaty Series
U.Penn.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U.S.	United States United States Reports
U.S.C.A.	United States Code Annotated
U.S. Code Cong. and Ad. News	United States Code Con- gressional and Administra- tive News
U.S. Department of Justice Instructions	Department of Justice, Memo No. 386, Revision 3, July 1979 (Instructions to all United States marshals for serving foreign judicial documents in the United States and for processing requests by litigants in this country for service of American judicial do- cuments abroad) (Anh. Nr. 12)

U.S. Department of Justice Memorandum on the Evidence Convention	United States Department of Justice Memorandum vom 23.5. 1978 an das Permanent Bureau Hague Conference on Private International Law (Anh. Nr. 14)
U.S. Const.	United States Constitution
U.S.D.C.	United States District Court
U.S.P.Q.	United States Patents Quarterly
U.S.T.	United States Treaties and other International Agreements
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus
Va.	Virginia Virginia Reports
Va.J.Int.L.	Virginia Journal of International Law
Vand.J.Transnat.L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
VO	Verordnung
V.T.C.A.	Vernon's Texas Code Annotated
Wis.	Wisconsin Wisconsin Reports
Wis.Ct.R.P.	Wisconsin Court Rules and Procedure
W.L.R.	Weekly Law Reports (Groß-Britannien)

WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
W.Va.	West Virginia West Virginia Reports
Yale L.J.	Yale Law Journal
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZÜ	Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 15. November 1965 (Anh. Nr. 1)
ZVglRWiss.	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Erster Teil:

Einleitung und Rechtsquellen

§ 1:

Einleitung

Zustellungen und Beweisaufnahmen im Ausland gehören zum Bereich der internationalen Rechtshilfe¹. Nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts sind die Staaten nicht verpflichtet, einander Rechtshilfe zu gewähren². Sie können jedoch vertraglich vereinbaren, in gewissem Umfang rechtliche Maßnahmen auf ihrem Gebiet zu dulden (passive Rechtshilfe) oder fremden Gerichten und Behörden beim Verfahren behilflich zu sein (aktive Rechtshilfe).

Seitdem die Bundesrepublik Deutschland das Haager Zustellungsübereinkommen (ZÜ) und das Haager Beweisübereinkommen (BÜ) zehn bzw. sieben Jahre nach den Vereinigten Staaten im Juni 1979 ratifiziert hat³, ist der deutsch-

¹ Der § 2 Abs. 1 ZRHO definiert die internationale Rechtshilfe als "jede gerichtliche oder behördliche Hilfe in einer bürgerlichen Rechtsangelegenheit, die entweder zur Förderung eines inländischen Verfahrens im Ausland oder zur Förderung eines ausländischen Verfahrens im Inland geleistet wird."

² Ausführliche Hinweise dazu gibt Harvard Law School, Am.J.Int.L. 33 (Supp. 1939) 43.

³ Das Zustellungsübereinkommen trat für die Vereinigten Staaten am 10. Februar 1969 in Kraft (20 U.S.T. 361) und für die Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1979 (BGBl. II 779); das Beweisübereinkommen für die Vereinigten Staaten am 7. Oktober 1972 (23 U.S.T. 2555) und für die Bundesrepublik am 26. Juni 1979 (BGBl. II 780).

amerikanische Rechtshilfeverkehr in großem Umfang vertraglich geregelt. Die Haager Übereinkommen ersetzen für die Bundesrepublik Deutschland die ersten beiden Abschnitte der Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1905 und 1954 (Art. 22 ZÜ, Art. 29 BÜ) und ergänzen einander. In der Bundesrepublik ist der Zusammenhang der Regelung von Auslandszustellungen und ausländischen Beweisaufnahmen durch die Zusammenfassung der beiden Übereinkommen in einem Zustimmungsgesetz⁴ und in einem Ausführungsgesetz (AusfG)⁵ hervorgehoben. Es sollte der Gefahr begegnet werden, daß der in den Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1905 und 1954 festgelegte einheitliche Übermittlungsweg für Zustellungs- und Beweisaufnahmersuchen aufgegeben werden könnte⁶.

Zustellungen und Beweisaufnahmen aufgrund der Haager Übereinkommen können in einem einzigen Prozeß Bedeutung erlangen, wenn z.B. bei einem amerikanischen Produkthaftpflichtprozeß gegen einen deutschen Automobilhersteller sowohl die Zustellung der Klagschrift nebst Ladung als auch die Beweisaufnahmen in der Bundesrepublik erfolgen. Die erheblichen Unterschiede im deutschen und amerikanischen Prozeßrecht bereiten in beiden Fällen Probleme, zu deren Lösung die Haager Übereinkommen beitragen können. Zur Illustration seien zwei besonders gravierende Divergenzen genannt:

(1) Nach amerikanischem Verfahrensrecht reicht in vielen Fällen die Zustellung der Klagschrift durch den klägerischen Anwalt mittels gewöhnlichen Postbriefes (Rule 4 [i][D] F.R.C.P.) aus, um den Empfänger in die Rolle einer beklagten Prozeßpartei zu versetzen. Will der deutsche Zustellungsadressat ein Versäumnisurteil

⁴ BGBI. 1977 II 1452.

⁵ BGBI. 1977 I 3105 (siehe Anh. Nr. 3).

⁶ Denkschrift ZÜ, BT-Drucks. 7/4392 S. 39.

vermeiden, muß er gerade zu Beginn des Prozesses die richtigen Maßnahmen ergreifen. Hier kann der Zustellungsadressat sich auf das Haager Zustellungsübereinkommen stützen. Es hat einen formalisierten Weg für die Zustellung gerichtlicher Schriftstücke an deutsche Adressaten eingeführt⁷ und kann auf diese Weise die rechtliche Stellung deutscher Beklagter verbessern.

(2) Das amerikanische Verfahrensrecht erlaubt weitgehende Erforschungsmöglichkeiten im Beweisermittlungsverfahren ("pre-trial discovery"), das nach Rechtshängigkeit einer Klage die mündliche Verhandlung vor dem Richter ("trial") vorbereitet. Dabei können durch Parteibefragung, Urkundenvorlage, Augenschein, körperliche Untersuchungen und Zeugenvernehmungen alle Tatsachen erforscht werden, die im Zusammenhang mit dem Verfahren stehen, jedoch nicht in strengem Sinn entscheidungserheblich sein müssen (vgl. Rules 26-31 F.R.C.P.). Für den Schutz deutscher Unternehmen vor verfahrensmäßiger Ausforschung durch ausländische Konkurrenzunternehmen ist von grundlegender Bedeutung, ob das Haager Beweisübereinkommen sich in den Händen deutscher Behörden und Gerichte als wirksames Instrument zum Schutz vor Ausforschung erweist. Nach Art. 23 BÜ kann jeder Vertragsstaat erklären, daß er das "pre-trial discovery of documents" ablehnt. Fraglich bleibt aber, ob das Beweisübereinkommen nicht eine einseitige Lösung zulasten des amerikanischen Beweisermittlungsverfahrens fördert. Die auf Grund einer Initiative des Generalsekretärs der Haager Konferenz eingesetzte Expertenkommission, die die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten auf der Grundlage des Zustellungsübereinkommens fördern soll, gab im Jahre 1978 zu, daß das Beweisübereinkommen "had been poorly drafted as shown by the misunderstanding resulting from the ex-

⁷ Dazu gehört insbesondere die Zustellung mittels Rechtshilfeersuchen nach Art. 2 ff. ZÜ.

pression employed, pre-trial discovery"⁸; der Bericht der amerikanischen Delegierten spricht von einem "gross misunderstanding" des nach Art. 23 BÜ möglichen Vorbehaltes⁹.

Im folgenden soll das Haager Zustellungsübereinkommen zusammen mit dem Haager Beweisübereinkommen untersucht werden. Die Arbeit möchte herausfinden, inwieweit beide Übereinkommen den Rechtshilfeverkehr zwischen den Vertragsstaaten - insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten - erleichtern. Zu diesem Zweck sollen die wichtigsten Züge der Übereinkommen untersucht werden und der vertraglose mit dem vertraglichen deutsch-amerikanischen Rechtshilfeverkehr verglichen werden.

⁸ Report of the Permanent Bureau, Int.Leg.Mat. 17 (1978) 1423

⁹ Report of the U.S. Delegation, Int.Leg.Mat. 17 (1978) 1421; ebenso Lowenfeld, IPRax 1984, 51, 53.

§ 2:

Quellen

Die Quellen der vorliegenden Arbeit sind die Staatsverträge und das autonome Recht der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des internationalen Zivilprozeßrechts.

I. Staatsverträge

An Staatsverträgen sind zu nennen:

Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 15. November 1965 (ZÜ)¹;

¹ *Bundesrepublik Deutschland*: BGBl. 1977 II 1453 (siehe Anh. Nr. 1); hierzu die Denkschrift zum Übereinkommen, BTDrucks. 7/4892, S. 38-50, die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland in der Bekanntmachung vom 21. Juni 1979, BGBl. II 779 (siehe Anh. Nr. 4) (im folgenden Bekanntmachung ZÜ 1979) und die Erklärungen der anderen Vertragsstaaten in der Bekanntmachung vom 23. Juni 1980, BGBl. II 907 (siehe Anh. Nr. 6) (im folgenden Bekanntmachung ZÜ 1980). Das Zustellungsübereinkommen ist abgedruckt bei Bülow/Böckstiegel A I 2b; Baumbach/Lauterbach/Hartmann Anh. § 202; Schütze, IntZPR C III 1; Vereinigte Staaten: 20 U.S.T. 361; T.I.A.S. No. 6638; 28 U.S.C.A. app. Rule 4 F.R.C.P. (1959 & Supp. 1983) mit den Erklärungen der Vertragsstaaten. Zu dem Übereinkommen siehe: Message from the President of the United States, S. Exec. C, 90th Cong., 1st Sess. 1-22 (Jan. 31, 1967); S. Exec. Rep. No. 6, 90th Cong., 1st Sess. 1-16 (April 12, 1967). Das Zustellungsübereinkommen ist in englischer Sprache abgedruckt bei Martindale/Hubbell 4545. Vertragsstaaten sind nach dem Stand vom 31. Dez. 1983 auch Ägypten, Barbados, Belgien, Botsuana, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Japan, Luxemburg, Malawi, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Seschellen, Tschechoslowakei, Türkei und das Vereinigte Königreich: Beilage zum Bundesgesetzblatt, Teil II, Fundstellennachweis B, S. 331 f.

Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18. März 1970 (BÜ)²;

Übereinkommen über den Zivilprozeß vom 1. März 1954³
Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905⁴;

Abkommen zur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. November 1896 mit Zusatzprotokoll vom 22. März 1897⁵.

Deutsch-amerikanischer Notenwechsel vom 17.10.1979 / 1.2. 1980 und 14./30.10.1981 über die Weitergeltung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung von 1955/56 über die Beweisaufnahme durch Konsuln⁶.

- 2 *Bundesrepublik Deutschland*: BGBI. 1977 II 1472 (siehe Anh. Nr. 2); hierzu die Denkschrift zum Übereinkommen, BTDrucks. 7/4892 S. 53-59, die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland in der Bekanntmachung vom 21. Juni 1979, BGBI. II 780 (siehe Anh. Nr. 5) (im folgenden Bekanntmachung BÜ 1979) und die Erklärungen der anderen Vertragsstaaten in der Bekanntmachung vom 5. September 1980, BGBI. II 1290 (siehe Anh. Nr. 7) (im folgenden Bekanntmachung BÜ 1980). Das Beweisübereinkommen ist abgedruckt bei Bülow/Böckstiegel A I 3b; Baumbach/Lauterbach/Hartmann Anh. § 363; Schütze IntZPR C III 1; *Vereinigte Staaten*: 23 U.S.T. 2555, T.I.A.S. No. 7444; 28 U.S.C.A. app. § 1781 (1967 & Supp. 1983). Zu dem Übereinkommen siehe Amram, S. Exec. A, 92nd Cong., 2d Sess. 11-42 (Feb. 1, 1972). Das Beweisübereinkommen ist in englischer Sprache abgedruckt bei Martindale/Hubbell 4556. Vertragsstaaten sind nach dem Stand vom 31. Dez. 1983 auch Barbados, Dänemark, Finnland, Frankreich, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Singapur, Tschechoslowakei und das Vereinigte Königreich: Beilage zum Bundesgesetzblatt, Teil II, Fundstellennachweis B, S. 359.
- 3 BGBI. 1958 II 557. Das Übereinkommen ist abgedruckt bei Bülow/Böckstiegel A I b. Vertragsstaaten sind nach dem Stand vom 31. Dez. 1983 Ägypten, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Libanon, Luxemburg, Marokko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Sowjetunion, Spanien, Suriname, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn und Vatikanstadt: Beilage zum Bundesgesetzblatt, Teil II, Fundstellennachweis B, S. 24.
- 4 RGI. 1909 I 409. Das Abkommen ist abgedruckt bei Bülow/Böckstiegel A I 1. Es gilt nach dem Stand vom 31. Dez. 1983 für die Bundesrepublik nur noch im Verhältnis zu Island weiter: Beilage zum Bundesgesetzblatt, Teil II, Fundstellennachweis B, S. 137.
- 5 RGI. 1899, 285, 295.
- 6 Im folgenden deutsch-amerikanischer Notenwechsel; der (unveröffentlichte) Text ist abgedruckt im Anh. Nr. 13.

II. Autonomes Recht

1. Bundesrepublik Deutschland

Das autonome Recht der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des internationalen Zivilprozeßrechts umfaßt folgende Regelungen:

Gesetz vom 22. Dezember 1977 zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (AusfG)⁷;

Zivilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 (RGBl. 83) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 1950 (BGBl. 533) (ZPO);

Rechtshilfeordnung für Zivilsachen vom 19. Oktober 1956 i.d.F. der 2. Auflage vom Februar 1976, zuletzt geändert durch die 7. Ergänzungslieferung vom Dezember 1982 (ZRHO)⁸.

2. Vereinigte Staaten

Das autonome Recht der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des internationalen Zivilprozeßrechts ist in folgenden Vorschriften geregelt:

⁷ BGBl. 1977 I 3105 (siehe Anh. Nr. 3); hierzu die amtliche Begründung in BTDrucks. 7/4893 S. 5-10.

⁸ Die Rechtshilfeordnung für Zivilsachen erscheint im amtlichen Abdruck des Kulturbuch-Verlages, GmbH, Berlin 30, Passauer Str. 4. Das Inkrafttreten und die jeweiligen Änderungen der ZRHO werden für den Bereich der Bundesjustizverwaltung im Bundesanzeiger bekannt gemacht und für den Bereich der Landesjustizverwaltungen in den jeweiligen Justizverwaltungsblättern der Länder; siehe die Nachweise bei Bülow/Böckstiegel G I S. 900.1 N. 2 , 3 und S. 900. 2 N. 4. Die 7. Ergänzungslieferung wurde mit Schreiben vom 31.3.1983 an die Gerichte ausgegeben: Justiz 1983, 152. Der Allgemeine Teil der ZRHO ist abgedruckt bei Bülow/Böckstiegel G I, der Länder- teil der ZRHO wird nur im amtlichen Abdruck an die Bundes- und Landesjustizverwaltungen abgegeben.

Bund: Federal Rules of Civil Procedure (F.R.C.P.), insbesondere 28 U.S.C.A. Rule 4 F.R.C.P. (1959 & Supp. 1983) Rules 26-33 F.R.C.P. (1973 & Supp. 1983), Rules 34-37 F.R.C.P. (1969 & Supp. 1983), Rules 44, 45 F.R.C.P. (1969 & Supp. 1983); Judiciary und Judicial Procedure, insbesondere 28 U.S.C.A. §§ 1696, 1781-84 (1967 & Supp. 1983); Federal Rules of Evidence (F.R.E.), insbesondere 28 U.S.C.A. Rules 501 ff. F.R.E. (1975 & Supp. 1983).

Bundesstaaten: Es gilt das jeweilige Prozeßrecht der Bundesstaaten, das zum Teil erhebliche Unterschiede aufweist. Einheitliche Regelungen sind der Uniform Interstate and International Procedure Act (Uniform Act), insbesondere 13 U.L.A. §§ 2.01-2.05, 3.01-3.03 (1980 & Supp. 1983)⁹; Uniform Rules of Evidence (U.R.E.), insbesondere 13 U.L.A. Rules 501 ff. U.R.E. (1980 & Supp. 1983)¹⁰.

⁹ Der Uniform Act entspricht im wesentlichen den bundesstaatlichen Vorschriften, die Zustellungen und Beweis-aufnahmen im Ausland regeln (Rules 4 [i], 28 [b] F.R.C.P.; 28 U.S.C.A. §§ 1696, 1782). Der Uniform Act ist abgedruckt im 13 U.L.A. 461 ff. (1980) 209 ff. (Supp. 1983). Er ist mit einigen Abänderungen in sieben Bundesstaaten übernommen worden, und zwar in Arkansas, District of Columbia, Massachusetts, Michigan, Oklahoma, Pennsylvania, Virgin Island: 13 U.L.A. 459 (1980) 209 (Supp. 1983).

¹⁰ Die Uniform Rules of Evidence entsprechen im wesentlichen den Vorschriften der Federal Rules of Evidence. Die Uniform Rules of Evidence sind abgedruckt in 13 U.L.A. 209 ff. (1980) 11 ff. (1983). Sie sind mit einigen Abänderungen in zwanzig Bundesstaaten übernommen worden, und zwar in Arizona, Arkansas, Colorado, Florida, Hawaii, Maine, Michigan, Minnesota, Montana, Nebraska, Nevada, New Mexiko, North Dakota, Ohio, Oklahoma, Puerto Rico, South Dakota, Washington, Wisconsin, Wyoming: 13 U.L.A. 209 (1980) 11 (Supp. 1983).

Zweiter Teil:

Haager Zustellungsübereinkommen

1. Abschnitt:

Inhalt des Übereinkommens im allgemeinen

§ 3:

Nationale Ausgangssituationen

I. Bundesrepublik Deutschland

Das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik Deutschland haben seit Beginn an den Tagungen der Haager Konferenz teilgenommen. Sie sind daher Vertragspartner aller drei Haager Zivilprozeßübereinkommen¹. Die Bundesrepublik Deutschland bzw. das Deutsche Reich haben darüber hinaus eine erhebliche Anzahl bilateraler Rechtshilfeverträge mit anderen Staaten abgeschlossen². Besondere Bedeutung kommt dem deutsch-britischen Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928 zu³. Das Abkommen zeigt zum ersten Mal ein weitgehendes Entgegenkommen zwischen dem kontinental-europäisch geprägten Recht des Deutschen

¹ Zur Geschichte der Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1896, 1905 und 1954 siehe Bülow/Böckstiegel A I 1a m.w.Nachw.

² Ein großer Teil dieser bilateralen Rechtshilfeverträge ist abgedruckt in Bülow/Böckstiegel A II.

³ RGBl. II 623; das Abkommen ist abgedruckt und kommentiert bei Bülow/Böckstiegel A II S. 520. 8 ff.; siehe auch Jonas, Das Deutsch-Britische Abkommen über den Rechtsverkehr v. 20. März 1928: JW 1929 I, S. 88 f.

Reiches und dem britischen common law⁴. Daher beschränkt sich für die Bundesrepublik die allgemeine Bedeutung des Haager Zustellungsübereinkommens auf eine teilweise "Modernisierung" der auch für die Bundesrepublik geltenden multilateralen Haager Prozeßübereinkommen. Sonstige völkerrechtliche Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland über Auslandszustellungen bleiben von der Zustellungsconvention unberührt (Art. 32 ZÜ).

Für den deutsch-amerikanischen Rechtshilfeverkehr spielt das Zustellungsübereinkommen eine größere Rolle. Aus deutscher Sicht hatte zwar bereits die amerikanische Prozeßrechtsreform der Jahre 1962-64⁵ die wesentlichen Schwierigkeiten bei der Zustellung deutscher Schriftstücke in den Vereinigten Staaten beseitigt⁶. Jedoch hat das Übereinkommen den Zustellungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem seiner wichtigsten Wirtschaftspartner, nämlich den Vereinigten Staaten, zum ersten Mal auf eine vertragliche Grundlage gestellt⁷.

II. Vereinigte Staaten

Im Gegensatz zu dem Deutschen Reich bzw. der Bundesrepublik Deutschland sind die Vereinigten Staaten erst im Jahre 1964 Mitglied der Haager Konferenz geworden⁸. Vor der Ratifizierung des Zustellungsübereinkommens im Jahre 1969 waren die Vereinigten Staaten niemals einem allge-

⁴ Vgl. Jones, Geo.Wash.L.Rev. 29 (1961) 534.

⁵ Siehe dazu unten S. 13 f. m.w.Nachw.

⁶ Siehe dazu unten S. 25 ff. m.w.Nachw.

⁷ Dies betont auch die Bundesregierung in Denkschrift ZÜ, BTDrucks. 7/4892 S. 1.

⁸ T.I.A.S. No. 5710.